

Unautorisierte Übersetzung des Transkripts der Rede von Elder Dallin H. Oaks, die er am 13. Oktober 2009 an der BYU-Idaho hielt.

Meine lieben jungen Freunde, ich bin erfreut zu diesem Publikum der BYU-Idaho zu sprechen. Es ist mir bewusst, dass ich auch zu vielen an anderen Orten spreche. In dieser Zeit des Internet wird das, was wir sagen, augenblicklich einem breiteren Publikum vorgesetzt, auch vielen, zu denen wir nicht zu sprechen beabsichtigen. Das erschwert meine Aufgabe und daher bitte ich um Verständnis, da ich zu einem sehr vielfältigen Publikum spreche.

Als ich mein Thema wählte, habe ich mich an die alte militärische Maxime an jene gehalten, die an einer Schlacht teilnehmen wollen, die gerade im Gange ist: „Marschiere zum Klang der Kanonen.“^[i] Daher fordere ich Sie auf mit mir zu marschieren, wenn ich über Religionsfreiheit unter der Verfassung der Vereinigten Staaten spreche. Es gibt eine Schlacht über die Bedeutung dieser Freiheit. Der Wettstreit ist von ewiger Bedeutung und gerade eure Generation muss diese Sache verstehen und die Anstrengung unternehmen zu siegen.

I.

Eine Offenbarung von 1833 an den Propheten Joseph Smith erklärte, dass der Herr die Verfassung der Vereinigten Staaten durch weise Männer erstellt hat, die er genau zu diesem Zweck erweckte (LuB. 101:80). Der erklärte auch, dass diese Verfassung „für die Rechte und zum Schutz *allen Fleisches* ... aufrecht erhalten werden [soll]“ (LuB 101:77, Hervorhebung hinzugefügt)

1833, als nahezu alle Menschen auf der Welt immer noch von Königen oder Tyrannen regiert wurden, konnten wenige erkennen, wie die junge Verfassung der Vereinigten Staaten von Gott geformt sein konnte, „für die Rechte und zum Schutz allen Fleisches“. Heute, 176 Jahre nach dieser Offenbarung, hat nahezu jedes Volk auf der Welt eine schriftliche Verfassung angenommen, und die Verfassung der Vereinigten Staaten hat alle tiefgreifend beeinflusst. Wahrhaftig, der wichtigste Export dieses Volkes ist seine Verfassung, deren großartige Grundsätze als Vorbild „für die Rechte und zum Schutz allen Fleisches“ bestehen. Bezüglich des wesentlichen Menschenrechtes der Religionsfreiheit werden viele Verfassungen jedoch nicht des benötigten Schutzes gerecht. Daher sind wir dankbar, dass die Regierung der USA danach trachtet, in der ganzen Welt zu Religionsfreiheit zu ermuntern. ^[ii]

II

Um die Bedeutung grundlegender Menschenrechte in anderen Ländern zu unterstreichen, beziehe ich mich auf einiges aus der neuesten Geschichte in der Mongolei, die zeigt, dass die Religionsfreiheit, die wir als selbstverständlich betrachten, in einigen anderen Nationen durch gefährliche Opfer gewonnen werden muss.

Der Perestroika-Bewegung in Russland folgend, zwangen Volksdemonstrationen in der Mongolei die kommunistische Regierung im Mai 1990 zurückzutreten. Andere politische Parteien wurden legalisiert, doch die ersten mongolischen Wahlen gaben dem Kommunisten eine Mehrheit im neuen Parlament und die alte, repressive Haltung blieb in allen Abteilungen der Regierung bestehen. Das vollständige Funktionieren eines demokratischen Prozesses und der volle Genuss der vom Volk benötigten Freiheiten geschieht nicht ohne Mühe. In der Mongolei blieben die Freiheit von Rede, Presse und Religion – wesentliche Züge der inspirierten Verfassung der Vereinigten Staaten – unerfüllt.

In diesem gefährlichen Umfeld unternahm eine 42jährige verheiratete Frau, Oyun Altangerel, eine Abteilungsleiterin in der Staatsbibliothek, mutig einige Taten, die sich als historisch erweisen würden. Indem sie gegen den offiziellen Druck handelte, organisierte sie einen „Zweig der demokratischen Vereinigung.“ Diese Gruppe von zwölf Mitgliedern, die erste

ihrer Art, sprach sich für Demokratie aus und beantragte, dass Staatsangestellte die Freiheit von Gottesverehrung, Glauben und Ausdruck haben sollten, wozu auch das Recht, einer politischen Partei ihrer Wahl anzugehören, gehören sollte.

Als Oyun und andere aus ihrem Staatsdienst entlassen wurden, begann Oyun einen Hungerstreik in der Staatsbibliothek. Innerhalb von drei Stunden schlossen sich ihr 20 weitere an, hauptsächlich Frauen, und ihr Hungerstreik, der sich über fünf Tage hinzog, wurde zu einer öffentlichen Demonstration, die ihre Beschwerden zum Volk der Mongolei brachte. Diese Demonstration, die von wichtigen Führern der demokratischen Bewegung unterstützt wurde, ermutigte andere Regierungsangestellte, ähnliche demokratische Räte zu organisieren. Diese gefährlichen Aktionen weiteten sich zu einer nationalen Anti-Regierungs-Bewegung aus, die machtvolle Unterstützung für die grundlegenden menschlichen Freiheiten der Rede, der Presse und der Religion artikulierte. Schließlich akzeptierte die Regierung die Forderungen und in Annahme einer demokratischen Verfassung. Zwei Jahre später macht die Mongolei einen großen Schritt in Richtung einer freien Gesellschaft.

Für Heilige der Letzten Tage ist diese Geburt von verfassungsmäßiger Freiheit in der Mongolei von besonderem Interesse. Weniger als zwei Jahre nach dem historischen Hungerstreik sandten wir unsere ersten Missionare in die Mongolei. 1992 begannen diese Paare ihre Versammlungen in der Staatsbibliothek, wo Oyun arbeitete. Im folgenden Jahr zeigte sie wiederum ihren Mut, indem sie sich in dieser neu angekommenen christlichen Kirche taufen ließ. Ihr einziges Kind, ein 22-jähriger Sohn, wurde zwei Jahre später getauft. Heute zählen die mongolischen Mitglieder unserer Kirche 9000, Berichten zufolge die größte Gruppe von Christen im Land. Vor einigen Monaten gründeten wir unseren ersten Pfahl in der Mongolei. Berufen als Pfahlpräsident wurde Schwester Oyuns Sohn Odgerel. Er hatte ein Jahre an der BYU Hawaii studiert und seine Frau Ariumma, eine ehemalige Missionarin in Utah, machte dort ihren Abschluss. [iii]

III

Eine der großartigen Grundlagen unserer inspirierten Verfassung, auf die sich Oyun aus der Mongolei und zahlreiche andere im Kampf um Freiheit in vielen Ländern der Erde stützen, ist der Grundsatz, dass das Volk die Quelle der Regierungsgewalt ist. Dieser Grundsatz der Volkssouveränität wurde erstmals vor über 200 Jahren auf dem amerikanischen Kontinent geschrieben und angewendet. Eine Gruppe von Kolonien gewann die Unabhängigkeit von einem König und ihre Repräsentanten hatten die einzigartige Gelegenheit, eine neue Regierung einzurichten. Sie taten das, indem sie die erste geschriebene Verfassung schufen, die überlebt hat, um einen modernen Staat zu regieren. Die Verfassung der Vereinigten Staaten erklärte die Quelle von Regierungsgewalt, delegierte die Gewalt an eine Regierung und regulierte ihre Ausübung.

Zusammen mit vielen anderen religiösen Menschen bekräftigen wir, dass Gott die höchste Macht ist, und dass unter ihm den Menschen das Recht, ihre Regierungsform zu entscheiden, rechtmäßig gehört. Die Herrschermacht ist in einem Staat oder einer Nation nicht deshalb rechtmäßig vorhanden, weil ihre Führer die Macht haben, die von der Waffengewalt kommt. Und die Macht des Herrschers kommt nicht vom göttlichen Recht eines Königs, der seinen Untertanen so viel Macht genehmigt, wie er möchte oder wie viel er einzuräumen gezwungen ist, wie in der Magna Carta. Wie die Präambel unserer Verfassung aussagt: „Wir, das Volk der Vereinigten Staaten ... verordnen und errichten diese Verfassung.“

Dieser Grundsatz der Volkssouveränität erklärt die Bedeutung der Offenbarung Gottes, dass er die Verfassung der Vereinigten Staaten erreicht hat, „damit jedermann ... gemäß der sittlichen Selbständigkeit handeln kann, die ich ihm gegeben habe, damit jedermann am Tag des Gerichts für seine Sünden selbst verantwortlich sei. (Lehre und Bündnisse 101:78) In anderen Worten, die wünschenswerteste Bedingung für die wirkungsvolle Ausübung der gottgegebenen Entscheidungsfreiheit ist eine Bedingung maximaler Freiheit und

Verantwortlichkeit – das Gegenteil von Sklaverei oder politischer Unterdrückung. Mit Freiheit können wir für unsere eigenen Handlungen verantwortlich sein und können die Schuld für unsere Umstände nicht unserer Knechtschaft einem anderen gegenüber zuschieben. Dies sind die Bedingungen, die der Herr im Buch Mormon pries, wo das Volk, nicht ein König, die Gesetze erließ und durch sie regiert wurde (siehe Mosia 29:23-26) Diese Volkssouveränität schließt notwendigerweise *Volksverantwortung* mit ein. Statt die Schuld an ihren Schwierigkeiten einem König oder Tyrannen zu geben, sind alle Bürger dafür verantwortlich, die Last des Regierens gemeinsam zu tragen, „so dass jedermann sein Teil trage.“ (Mosia 29:34)

IV

„Für die Rechte und zum Schutz allen Fleisches“ beinhaltet die Verfassung der Vereinigten Staaten in ihrem ersten Zusatz die Garantie freier Ausübung von Religion, Rede und Presse. Ohne diese großen Grundlagen der Verfassung hätte Amerika nicht als Gastnation für die Wiederherstellung des Evangeliums gedient haben können, die gerade einmal drei Jahrzehnte nach dem die Bill of Rights unterzeichnet worden war, begann.

Der erste Verfassungszusatz lautet: „Der Kongress darf kein Gesetz erlassen, das die Einrichtung einer Religion betrifft, die freie Religionsausübung verbietet ...“. Das Verbot der „Einrichtung einer Religion“ beabsichtigte, die Kirchen und die Regierung zu trennen, um eine Staatskirche von der Art, wie sie noch immer in Europa zu finden ist, zu verhindern. Aufgrund der Zeit werde ich nicht mehr über das Errichten einer Religion sagen, sondern mich nur auf die Anweisung konzentrieren, dass die Vereinigten Staaten kein Gesetz haben sollen, das „die freie Religionsausübung verbietet“.

Die Garantie der freien Ausübung der Religion, was ich Religionsfreiheit nennen werde, ist der erste Ausdruck im ersten Zusatz zur Verfassung der Vereinigten Staaten. Wie viele bemerkten, kennzeichnet dieser „herausragende Platz“ Religionsfreiheit als „einen Eckpfeiler amerikanischer Demokratie.“ [iv] Die amerikanischen Kolonien waren ursprünglich zum größten Teil von Menschen besiedelt, die auf diesen Kontinent gekommen waren, um in der Lage zu sein, ihren religiösen Glauben ohne Verfolgung auszuüben und ihre Nachfolger stellten Religionsfreiheit absichtlich an erste Stelle der Bill of Rights der Nation. Daher kommt es, dass unser Staatsrecht formell erklärt: „Das Recht auf Religionsfreiheit untermauert den Ursprung und die Existenz der Vereinigten Staaten.“ [v]

Die freie „Ausübung“ einer Religion umfasst offensichtlich sowohl das Recht, seine religiösen Glaubensgrundsätze und seine Konfession zu wählen, als auch das Recht, diese Glaubensgrundsätze „auszuüben“ oder zu praktizieren. Doch in einem Volk mit unterschiedlichen religiösen Glaubensgrundsätzen muss das Recht einiger gemäß ihren religiösen Grundsätzen zu handeln, durch die Verantwortung der Regierung, die Gesundheit und Sicherheit aller zu schützen, eingeschränkt werden. Ansonsten konnte der Staat beispielsweise die Person oder den Besitz seiner Bürger nicht vor Nachbarn schützen, deren Absichten es wäre, Menschen das Leben zu nehmen oder zu stehlen unter Umständen, die auf der Grundlage ihrer religiösen Glaubensgrundsätze gerechtfertigt wurde.

Der innewohnende Konflikt zwischen der kostbaren Religionsfreiheit des Volkes und der rechtmäßigen regulierenden Verantwortung der Regierung ist das zentrale Thema von Religionsfreiheit. Hier sind gerade ein paar Beispiele momentaner kontroverser öffentlicher Themen, die diesen Konflikt betreffen: Gesetze, die Heirat und Adoption regeln; Gesetze, die die Aktivitäten von kirchenbezogenen Organisationen regeln, wie die Forderung der religiösen Mission der BYU-Idaho – Aktivitäten, wie wem sie dienen und wen sie anstellen wollen und Gesetze, die die Diskriminierung in Anstellung oder Arbeitsbedingungen gegenüber Personen mit unbeliebten religiösen Grundsätzen oder Praktiken verbieten.

Die Schwierigkeiten sind nicht einfach und im Lauf der Jahre hat sich der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten, der die oberste Verantwortung dafür hat, die Bedeutung

der erhabenen und allgemeinen Bestimmungen der Verfassung zu deuten, sich damit abgemüht, Grundsätze festzulegen, die ihre Entscheidungen leiten kann, wenn behauptet wird, dass Handlungen der Regierung die freie Religionsausübung von jemandem verletzt. Wie man erwarten konnte, haben sich die meisten Kämpfe über das Ausmaß religiöser Freiheit Bemühungen der Regierung betroffen, sich in die Praktiken kleiner Gruppen wie die Mormonen einzumischen. Nicht überraschend scheinen die Regierungsbeamten toleranter gegenüber den Religionspraktiken großer Wählergruppen zu sein.

Unbeliebte Minderheitsreligionen sind besonders von einer Verfassungsgarantie freier Religionsausübung abhängig. Es ist unser Glück, dass wir eine solche Garantie in der vereinigten Staaten haben, doch viele Völker haben das nicht. Die Bedeutung dieser Garantie in der Vereinigten Staaten sollte uns allzeit bemüht sein lassen, sie zu verteidigen. Und sie hat es nötig, verteidigt zu werden. Während meiner Lebenszeit habe ich einen bedeutsamen Verfall des Respekts in Bezug auf Religion in unserem öffentlichen Leben gesehen und ich glaube, dass die Lebenskraft der Religionsfreiheit in Gefahr ist, entsprechend geschwächt zu werden.

Religiöser *Glaube* wird offensichtlich gegen Einfluss der Regierung geschützt. Die *Ausübung* jenes Glaubens muss bestimmte Grenzen haben, wie ich früher anmerkte. Doch wenn die Religionsfreiheit einem religiös Handelnden nicht größeren Schutz gegen Einschränkungen durch die Regierung gibt, als bereits allen Handelnden durch andere Vorkehrungen der Verfassung (wie Redefreiheit) garantiert sind, was ist der besondere Wert von *Religionsfreiheit*? Gewiss war die Garantie freier *Religionsausübung* des ersten Verfassungszusatzes beabsichtigt, um religiöser Handlung mehr Freiheit zu gewähren als anders gearteten Handlungen. Handlungen, die auf religiösem Glauben begründet sind, „gleich zu behandeln wie Handlungen, die auf anderen Glaubenssystemen beruhen, sollte nicht ausreichen, um dem besonderen Platz der Religion in der Verfassung der Vereinigten Staaten Rechnung zu tragen.

V.

Religionsfreiheit war immer in Gefahr. Die Unterdrückung von religiösem Glauben und Religionsausübung trieben die Pilgerväter und andere Dissidenten an die Küsten dieses Kontinents. Sogar heute noch benutzen Führer in zu vielen Nationen Staatsmacht, um Gläubige zu unterdrücken.

Die größten Verletzungen der Religionsfreiheit geschehen dann, wenn die Religionsausübung mit anderen mächtigen Kräften in der Gesellschaft zusammenstößt. Zu den bedrohlichsten Zusammenstößen heute in den Vereinigten Staaten gehören 1. die wachsende Stärke jener, die versuchen, religiöse Stimmen in öffentlichen Diskussionen zum Schweigen zu bringen und 2. empfundene Konflikte zwischen Religionsfreiheit und der populären Berufung auf neulich behauptete Bürgerrechte.

Wenn ich zu diesem Publikum von jungen Erwachsenen spreche, bitte ich Sie, genau aufzupassen, was ich über diese Themen sage, denn ich beschreibe Bedingungen, denen sie alle gegenüber stehen werden und Herausforderungen, denen Sie sich stellen müssen.

Religiöse Stimmen in der Öffentlichkeit zum Schweigen bringen

Ein Autor für *The Christian Science Monitor* sagt voraus, dass das kommende Jahrhundert „sehr weltlich und religionsfeindlich“ sein wird, mit einer Intoleranz gegenüber dem Christentum, die „auf ein Niveau steigt, wie wir es während unserer Lebenszeit nicht für möglich hielten.“ [vi] Andere kluge Beobachter haben den stets wachsenden, unerbittlichen Angriff auf die christliche Religion durch Kräfte bemerkt, die die Existenz oder die Vollmacht Gottes ablehnen. [vii] Das Ausmaß und die Art religiöser Hingabe in diesem Volk verändert sich. Der Trend der öffentlichen Meinung zugunsten von Religion nimmt ab und dies weist

wahrscheinlich auf öffentlichen Druck für Gesetze hin, die die Religionsfreiheit verletzen werden.

Atheismus war der Religion gegenüber immer feindlich gesinnt, so wie in seinen Argumenten, dass Religionsfreiheit oder die Freiheit *für* Religion auch die Freiheit *von* Religion enthalten sein sollte. Die Bedrohung durch den Atheismus wird größer, wie seine Anhänger an Zahl und Angriffslust zunehmen. „Nach einigen Zählungen“, erklärt ein kürzlicher Artikel in *The Economist*, „gibt es mindestens 500 [Millionen] erklärte Nichtgläubige auf der Welt – genug um Atheismus zur viertgrößten Religion zu machen.“ [viii]. Und die Sprecher für den Atheismus *sind* aggressiv, wie kürzliche Veröffentlichungen zeigen. [ix]. Wie John A. Howard vom Howard Zentrum für Familie, Religion und Gesellschaft bemerkte, haben diese Stimmen „großes Geschick darin entwickelt, jene, die mit ihnen nicht einig sind zu dämonisieren und ihre Gegner in Objekte von Angst, Hass und Hohn zu verwandeln.“ [x]

Solche Kräfte – Atheisten und andere – möchten Personen mit religiös begründeter Sichtweise einschüchtern, um sie abzuhalten, die Gesetze ihres Staates oder Volkes zu beeinflussen oder zu machen. Der bekannte Autor und Gesetzeskommentator Hugh Hewitt beschreibt die momentanen Umstände so:

„Es gibt eine wachsende antireligiöse Bigotterie in den Vereinigten Staaten ... Drei Jahrzehnte lang haben Menschen des Glaubens systematische und sehr wirksame Bemühungen beobachtet, die in den Gerichten und in den Medien toben, um sie aus der Öffentlichkeit zu vertreiben und um ihre Teilhabe an Politik als irgendwie bedrohlich unrechtmäßig zu machen.“ [xi]

Zum Beispiel gaben prominenter Sprecher für Schwulenrechte diese Erklärung für seine Ablehnung der Haltung unserer Kirche zu Proposition 8 in Kalifornien:

„Ich habe nicht die Absicht, die Religion zu verletzen. Ich denke, sie machen wunderbare Sachen. Die nettesten Leute ... Mein einziges Ziel ist es, sie aus der Sache mit der gleichgeschlechtlichen Ehe herauszubringen und sie dahin zurückzuführen, dass sie Hurrikan-Opfern helfen.“ [xii]

Neben der offensichtlichen Tatsache, dass dieser Einwand den Mitgliedern der Kirche und ihren Mitstreitern sowohl Redefreiheit als auch Religionsfreiheit verweigern würde, gibt es andere Gründe, warum die Öffentlichkeit für religiöse Ideen und religiöse Personen offen bleiben muss. Wie Richard Neuhaus sagte vor vielen Jahren: „In einer Demokratie, die frei und stark ist, ist eine Meinung ebenso wenig deshalb disqualifiziert, weil sie religiös ist, wie weil sie atheistisch oder psychoanalytisch oder marxistisch oder schlichtweg dumm ist.“ [xiii]

Religionsfreiheit verdünnt durch andere „Bürgerrechte“

Eine zweite Bedrohung der Religionsfreiheit kommt von jenen, die annehmen, sie wäre im Widerspruch zu den neu erworbenen „Bürgerrechten“ gleichgeschlechtlicher Paare, die Vorzüge der Ehe zu genießen.

Wir haben eine Welle von in den Medien berichteten Beschuldigungen ertragen, dass die Mormonen versuchten, Menschen ihre Rechte zu „verweigern“ oder sie ihnen zu „entreißen“. Nachdem eine beträchtliche Mehrheit der kalifornischen Wähler (sieben Millionen – über 52 Prozent) die Beschränkung der Ehe auf einen Mann und eine Frau gemäß Proposition 8 bestätigt hat, stellen Gegner das Abstimmungsergebnis so dar, dass es dem Menschen ihre Bürgerrechte verweigerte. Tatsächlich ging es bei Proposition 8 nicht um Bürgerrechte, sondern darum, was gleiche Rechte erfordern und was religiöse Rechte beschützen. Zu

keiner Zeit hat irgend jemand das Bürgerrecht der Gegner von Proposition 8 in Frage gestellt oder gefährdet, abzustimmen oder ihre Ansichten auszusprechen.

Das wirkliche Thema in der Debatte über Proposition 8 – ein Thema, das in den kommenden Jahren nicht verschwinden wird und für dessen Lösung es wesentlich ist, dass wird jedermanns Redefreiheit und ebenso wichtig jedermanns Freiheit für seinen religiösen Glauben einzustehen, beschützen – ist, ob es den Gegnern von Proposition 8 erlaubt sein soll, die grundlegende Institution Ehe selbst zu ändern.

Die Vereinigung eines Mannes und einer Frau in der Ehe ist seit Jahrtausenden die Lehre der jüdisch-christlichen Schriften und die rechtliche Kerndefinition und Ausübung der Ehe in der westlichen Kultur. Jenen, die danach trachten die Grundlage der Ehe zu ändern, soll nicht erlaubt sein vorzugeben, dass jene, die die alte Ordnung verteidigen die Bürgerrechte mit Füßen traten. Die Befürworter von Proposition 8 übten ihr verfassungsmäßiges Recht aus, die Einrichtung Ehe zu verteidigen – eine Institution von transzendenter Bedeutung, die zu beschützen sie sich mit zahllosen anderen vieler Überzeugungen durch das Gewissen verpflichtet fühlen.

Die Religionsfreiheit braucht die Verteidigung gegen die Ansprüche neu erklärter Menschenrechte. Die sogenannten Yogyakarta-Prinzipien, veröffentlicht von einer internationalen Menschenrechtsgruppe, verlangen von den Regierungen sicherzustellen, dass alle Personen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Identität ein Recht haben sollen, ihren religiösen Glauben auszuüben. [xiv] Das verlangt scheinbar, dass Regierungen von der kirchlichen Praxis und Lehre verlangen sollen, dass sie Geschlechtsunterschiede ignorieren. Gegen jegliche solchen Bemühungen, Regierungen dazu zu bringen, in Religionen einzudringen um religiöse Lehren oder Praktiken aufzuheben, sollte von allen Gläubigen Widerstand geleistet werden. Gleichzeitig sollten alle, die solchen Widerstand führen, ihr Eintreten und ihre persönlichen Beziehungen in einen solchen Rahmen stellen, dass sie von ihren Gegnern oder irgend einer anderen benachteiligten Gruppe niemals als doktrinäre Gegner der wahren Bürgerrechte (wie der Redefreiheit) gesehen werden.

VI

Und nun zum Schluss biete ich fünf Punkte als Rat an, wie Heilige der Letzten Tage sich verhalten sollten, um Religionsfreiheit in dieser Zeit von Aufruhr und Herausforderung zu fördern.

Erstens: Wir müssen mit Liebe sprechen, immer unseren Gegnern Geduld, Verständnis und Mitgefühl entgegenbringen. Wir stehen unter dem Gebot, unseren Nächsten zu lieben (Lukas 10:27), allen Menschen zu vergeben (LuB 64:10), jenen die uns verfolgen, Gutes zu tun (Matthaus 5:44) und unser Lehren voll Milde und Sanftmut auszuführen (LuB 38:41).

Auch wenn wir mit Liebe sprechen, dürfen wir nicht überrascht sein, wenn unsere Position lächerlich gemacht wird und wenn wir verfolgt und beschimpft werden. Wie der Erretter sagte: „Denn so wurden schon vor euch die Propheten verfolgt.“ (Matthaus 5:12). Und heutige Offenbarung gebietet uns, die Beschimpfer nicht zu beschimpfen (LuB 19:30).

Zweitens: Wir dürfen uns durch derartige Einschüchterungen, wie ich sie beschrieben habe, nicht abschrecken oder zum Schweigen zwingen lassen. Wir müssen auf unserem verfassungsmäßigen Recht und unserer verfassungsmäßigen Pflicht beharren, unsere Religion auszuüben, gemäß unserem Gewissen in öffentlichen Fragen abzustimmen und an Wahlen und Debatten in der Öffentlichkeit und den Gerichtssälen teilzunehmen. Das sind die rechte aller Bürger und es sind auch die Rechte aller Religionsführer. Unsere Kirche spricht zwar selten über öffentliche Fragen, doch ausnahmsweise tut sie das über so etwas, das die Erste Präsidentschaft als bedeutsame moralische Fragen festlegt. Und das schließt ganz

gewiss Gesetze ein, die das grundlegende rechtliche/kulturelle/moralische Umfeld unserer Gemeinschaften und Völker beeinflusst.

Wir müssen auch auf dieser Begleitbedingung demokratischer Regierung bestehen: Wenn Kirchen und ihre Mitglieder oder irgendwelche anderen Gruppen bezüglich öffentlicher Fragen handeln oder ihre Meinung äußern, wenn sie gewinnen oder verlieren, haben sie ein Recht darauf, zu erwarten, frei von Vergeltung zu bleiben.

Zusammen mit vielen anderen waren wir enttäuscht, was wir in der Nachfolge der Annahme von Proposition 8 in Kalifornien erfuhren wie Vandalismus an Kirchengebäuden und die Schikanierung von Kirchenmitgliedern durch Entlassungen und den Boykott der Geschäfte von Mitgliedern und durch Vergeltung gegenüber Spendern. Mormonen waren das häufigste Ziel von all dem, doch traf es auch andere Kirchen in der Koalition Proposition 8 und andere Personen, die als Unterstützer identifiziert werden konnten. Zum Glück erkannten einige solche Vergeltung als das, was sie war. Eine ganzseitige Anzeige in der New York Times brandmarkte diese „Gewalt und Einschüchterung“ gegen religiöse Organisationen und einzelne Gläubige „nur weil sie Proposition 8 unterstützten als eine Schandtat, die aufhören muss.“ [xv] Die Tatsache, dass diese Anzeige von einigen führenden Persönlichkeiten unterzeichnet wurde, die in der Vergangenheit keine Freunde unsere Glaubens waren, fügte nur zu ihrem Gewicht hinzu.

Es ist wichtig anzumerken, dass diese aggressive Einschüchterung in Zusammenhang mit der Abstimmung zur Proposition 8 zwar hauptsächlich gegen religiöse Personen und Symbole gerichtet war, doch war sie nicht an sich antireligiös. Diese Zwischenfälle waren ein Ausdruck der Wut gegen jene, die mit der Position der Schwulenrechte nicht übereinstimmten und einen öffentlichen Wettbewerb gewonnen hatten. An sich sind diese Zwischenfälle von „Gewalt und Einschüchterung“ nicht so sehr antireligiös als vielmehr antidemokratisch. In ihrer Wirkung sind sie vergleichbar mit der bekannten und weithin verurteilten Wähler-Einschüchterung von Schwarzen im Süden, die korrigierende Bürgerrechtsgesetzgebung auf Bundesebene nach sich zog.

Drittens: Wir müssen auf unserer Freiheit, die Lehren unseres Glaubens zu predigen, bestehen. Warum erwähne ich diesen offensichtlichen Punkt? Religiöse Menschen, die unsere moralischen Überzeugungen teilen, empfinden gewisse Einschüchterung. Zum Glück unterlassen es unsere Führer nicht, unsere Haltung, dass homosexuelles Verhalten Sünde ist, zu verkünden und zu erklären. Letzten Sommer sagte Elder Ballard diese Worte zu einer Zuhörerschaft an der BYU:

„Wir folgen Jesus Christus, indem wir das Gesetz der Keuschheit leben. Gott gab dieses Gebot und er hat es nie widerrufen oder abgeändert. Dieses Gesetz ist klar und einfach. Niemand hat sich auf sexuelle Beziehungen außerhalb der Grenzen einzulassen, die der Herr gesetzt hat. Dies bezieht sich auf homosexuelles Verhalten jeder Art und auf heterosexuelle Beziehungen außerhalb der Ehe. Es ist eine Sünde, das Gesetz der Keuschheit zu verletzen.“

Wir folgen Jesus Christus, indem wir Gottes Ehegesetz befolgen, das heißt, Heirat zwischen einem Mann und einer Frau. Dieses Gebot war in Kraft von Anfang an.“ [xvi]

Wir werden weiterhin das lehren, was uns unser Himmlischer Vater zu lehren geboten hat und wir vertrauen darauf, dass die kostbare freie Ausübung von Religion stark genug bleibt, um unser Recht diese grundlegendste Freiheit auszuüben sicher zu stellen.

Viertens, als Verfechter der offensichtlichen Wahrheit, dass Personen mit religiöser Haltung oder Motivation das Recht haben, ihre religiösen Ansichten in der Öffentlichkeit auszusprechen, müssen wir dennoch in unserem politischen Engagement weise sein. Prediger haben die Bürgerrechtsbewegung vor allem vorwärts bewegt beginnend mit den

ersten Verfechtern der Abschaffung der Sklaverei, doch auch die Bürgerrechte von Religionsvertretern müssen gesetzlich und weise gebraucht werden.

Als Heilige der Letzten Tage sollten wir nie darin zuruckhaltend sein, uns auf den sicheren Grundlagen unseres Glaubens zu erklären und dementsprechend zu handeln. Der Ruf des Gewissens – ob religiös oder anders – braucht keine weltliche Rechtfertigung. Zugleich sind religiöse Menschen in der politischen Diskussion oft dann am überzeugendsten, wenn sie Argumente und Positionen auf eine solche Weise formulieren, die anderen Respekt entgegen bringt, die nicht ihre religiösen Glaubenssätze teilen und die zur vernünftigen Diskussion und dem Kompromiss beitragen, der in einer pluralistischen Gesellschaft wesentlich ist. [xvii]

Fünftens und *letztens*, müssen Heilige der Letzten Tage vorsichtig sein, niemals den Gedanken zu unterstützen oder dementsprechend zu handeln, dass jemand bestimmte Glaubensgrundsätze annehmen müsste, um sich für ein öffentliches Amt zu qualifizieren. Die Entwerfer unserer Verfassung haben eine Vorkehrung eingefügt, dass „keine Religionsprüfung jemals verlangt werden soll als Qualifikation für irgend ein Amt oder eine Treuhandschaft unter den Vereinigten Staaten“ (Artikel VI). Dieser Verfassungsgrundsatz verbietet eine Religionsprüfung als gesetzliche Voraussetzung, doch überlässt er natürlich den Bürgern die Freiheit, ihre Abstimmungen auf der Grundlage irgendwelcher Vorlieben, die sie wählen, zu gestalten. Doch weise Religionsführer und Mitglieder werden niemals Religionsprüfungen für öffentliche Ämter fordern.

Zerbrechliche Freiheiten werden am besten bewahrt, wenn man sie nicht über ihren beabsichtigten Zweck hinaus anwendet. Wenn man sieht, dass ein Kandidat an der Wahlurne hauptsächlich wegen seines Glaubens oder seiner Konfession abgelehnt wird, wird die kostbare freie Religionsausübung an ihrer Basis geschwächt, besonders wenn dieser Grund für die Ablehnung durch andere Religiöse verfochten wurde. Eine solche Befürwortung führt zur Annahme, dass im Falle der gelungenen Wahl ihres Kandidaten dies zum Einsatz von Regierungsmacht führen wird um ihre Glaubensgrundsätze und Praktiken zu unterstützen. Die Religion eines Kandidaten sollte in einem Wahlkampf kein Thema sein.

Schlussfolgerung

Die christlichen Grundsätze von Menschenwert und Menschenwürde waren es, die die Erstellung der Verfassung der Vereinigten Staaten vor mehr als 200 Jahren ermöglicht hat. Und nur jene Grundsätze in den Herzen der Mehrheit unserer vielfältigen Bevölkerung kann diese Verfassung heute aufrecht erhalten. Die revolutionäre Idee unserer Verfassung vom Volk als Souverän und bedeutsamen Garantien persönlicher Rechte waren, wie es John A. Howard schrieb:

„Geschaffen von einem Volk, für das das Christentum eineinhalb Jahrhunderte lang der überwältigende Charakterzug ihres Lebens war. Es war Jesus, der als erster sagte, dass alle Menschen gleich geschaffen sind und dass jeder Mensch ... von Gott geschätzt und geliebt wird.“ [xviii]

Professor Dinesh D'Souza erinnert uns:

„Der Versuch, Respekt für Gleichheit auf rein weltlicher Basis zu gründen, ignoriert den wesentlichen Beitrag, den das Christentum zu seiner Verbreitung geleistet hat. Es ist Narrheit zu glauben, dass er ohne fortgesetzte Hilfe des religiösen Glaubens überleben könnte.“ [xix]

Religiöse Werte und politische Wirklichkeiten sind im Ursprung und der Weiterführung dieser Nation so miteinander verwoben, dass wir den Einfluss des Christentums in der Öffentlichkeit nicht verlieren können, ohne unsere Freiheiten ernsthaft zu gefährden. Ich behaupte, dass

dies eine politische Tatsache ist, gut geeignet als Argument religiöser Menschen in der Öffentlichkeit, deren Freiheit zu glauben und zu handeln immer durch das geschützt werden muss, was ganz richtig unsere „erste Freiheit“ genannt wird, die freie Religionsausübung.

Meine lieben Brüder und Schwestern, ich bezeuge die Wahrheit dieser Grundsätze, die ich heute zum Ausdruck brachte. Ich zeuge von Jesus Christus, unserem Erretter, der der Ursprung und Vollender unseres Glaubens ist und dessen Offenbarungen an einen Propheten in diesen heutigen Zeiten die Grundlage der Verfassung der Vereinigten Staaten bestätigt hat, die, wie wir gesagt haben, von Gott seinen Kindern gegeben wurde für die Rechte und den Schutz allen Fleisches. Möge Gott uns segnen sie zu verstehen, sie zu unterstützen und ihren Einfluss in der ganzen Welt zu verbreiten, das bete ich im Namen Jesu Christi, amen.

Anmerkungen

[i] Robert Debs Heinl Jr., *Dictionary of Military and Naval Quotations* (U.S. Naval Institute Press, 1978) , 141.

[ii] Abschlussbericht des Beratungskomitees über Religionsfreiheit im Ausland an den Außenminister und an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, 17. Mai 1999, 6–7, 30–65. Der International Religious Freedom Act, beschlossen 1998, 22 USC 6401 et seq., richtete im US Außenministerium ein Büro für internationale Religionsangelegenheiten ein, das von einem Beamten im Rang eines Botschafters und der US Kommission für internationale Religionsfreiheit geführt wird. Beide Körperschaften legen jährlich Berichte vor, die den Status der Religionsfreiheit weltweit unter internationalen Maßstäben bestimmten und die dabei mithelfen, zu einer besseren Durchführung von Verpflichtungen, die die Länder eingegangen sind, dieses Grundrecht zu respektieren, zu fordern.

[iii] Die Informationen über Ereignisse in der Mongolei wurden aus einem Briefwechsel mit Präsident Odgerel und von Mary N. Cook, frühere Seniormissionarin und Frau von Richard E. Cook, dem ersten Missionspräsidenten in der Mongolei, erhalten.

[iv] Abschlussbericht des Beratungskomitees, 6.

[v] 22 USC 6401(a).

[vi] Michael Spencer, "The Coming Evangelical Collapse," *The Christian Science Monitor*, 10. März 2009.

[vii] E.g., John A. Howard, "Liberty: America's Creative Power," Howard Center, 22 June 2009, 6.

[viii] "In God's Name: A Special Report on Religion and Public Life," *The Economist*, 3 Nov. 2007, 10.

[ix] E.g., *The Six Ways of Atheism, [die sechs Wege des Atheismus]*, was angekündigt wurde, dass es „absolut beweist, dass Gott nicht existiert, logisch und einfach“ wurde gebührenfrei an führende Universitäten und öffentliche Bibliotheken an allen bedeutenden englisch sprechenden Ländern der Welt verschickt. Presseaussendung vom 26. Mai 2009.

[x] Howard, "Liberty: America's Creative Power," 6.

[xi] Hugh Hewitt, *A Mormon in the White House?* (Washington DC: Regnery, 2007), 242–43.

[xii] Karl Vick, "Gay Groups Targeting Mormons," *Salt Lake Tribune*, 30 May 2009, A8 (*Washington Post* story).

[xiii] "A New Order of Religious Freedom," *First Things*, Feb. 1992, 2; siehe auch Neuhaus, *The Naked Public Square* (Grand Rapids, Mich.: Eerdmans, 1983).

[xiv] The Yogyakarta Principles, Principle 21 (Yogyakarta, Indonesia, 2006).

[xv] "No Mob Veto," *New York Times*, 5 Dec. 2008.

[xvi] M. Russell Ballard, "Engaging Without Being Defensive," BYU Eröffnungsansprache, 13. August 2009.

[xvii] Unter den Befürwortern dieser Haltung sind Kevin Seamus Hasson, *The Right to be Wrong* (San Francisco: Encounter Books, 2005); Douglas Laycock, Anthony Picarello Jr. and Robin Fretwell Wilson, *Same-Sex Marriage and Religious Liberty: Emerging Conflicts* (Rowman and Littlefield, 2008); and Michael J. Perry, "Liberal Democracy and Religious Morality," 48 *DePaul Law Rev.* 1, 20–41 (1998). Beispiele für diese Art der Befürwortung siehe *What's the Harm?* ed. Lynn D. Wardle (University Press of America, 2008); und Monte Neil Stewart, "Marriage Facts," 31 *Harv. J. of Law & Pub. Policy* 313 (2008).

[xviii] John A. Howard, *Christianity: Lifeblood of America's Free Society (1620–1945)* (Monitou Springs, Ohio: Summit Press, 2008), 57.

[xix] "How Christianity Shaped the West," Hillsdale College, Nov. 2008, Vol. 37, No. 11, p. 5.